

Saale-Zeitung.

Stundberg'scher Jahrgang.

Angaben

werden die 6 gehalten...

Ercheint täglich...

Schreibweise und Druck...

Bezugspreis

In Halle...

Im amtlichen...

Druckerei...

Nr. 34.

Saale, Mittwoch, den 21. Januar

1914.

Ernste Zeiten.

„Ernsten Zeiten gehen wir entgegen!“ hat Herr v. Bethmann...

Anscheinend ist er also auch heute noch der Ansicht...

Und doch! — Die ernsten Zeiten, so hat Herr v. Bethmann...

Und schließlich — was ging das uns an? Das galt ja...

Älteren Jar Nikolaus, der ist ja liebensvoll, daß er für...

doch das ist ein Naturfehler. Wer kann dafür. Und Herr v. Bethmann...

Und die Russen quittierten brummend, als Liman Sanders...

Herr v. Bethmann Hollweg aber jagt: Die lieben Russen! Die Entpannung...

Sind Sie es wirklich? Wir sind wohl über den Verdacht...

Wenn die Türken von Deutschland militärische Lehrmeister...

Rußland sagt den Türken: Wir können nicht dulden, daß ein deutscher General...

bet der Balkankrise — einen kleinen Erfolg zu buchen haben...

Stimmungsbild aus den Parlamenten.

Im Abgeordnetenhause.

Berlin, 20. Januar.

Die Herren der Rechten waren diesmal wieder von besonderer Wert...

Feuilleton

Rudolf Genée

Hochbetagt war in Berlin der verbiente Literaturhistoriker Rudolf Genée...

Shakespeare. Die Zahl seiner Shakespeare-Schriften, von denen wir hier vor allem die wichtigsten und zeitlich ersten...

Blüchers Einzug in Nancy.

Zum 17. Januar.

Blücher lockte vor Ingrim, als zu Anfang Januar die Gefahr eines verfrühten Friedensschlusses auftauchte...

Schluss der Debatte wurde daraufhin angenommen und das Gehalt des Ministers bemittelt.

Im Reichstag.

Am Anfang stand eine kleine Anfrage Erzbergers: warum ist vom Polizeipräsidenten von Jagow die Polizeistrafvereine verboten worden, welche, unter Ausschlag aller dienstlichen und politischen Dinge, strengste Gesinnung, Kameradschaft, Geseitigkeit und Ähnliches pflegen wollte? Geheimerat Lewald gibt eine Antwort, die keine ist, und ist schließlich, die Ungleichheit im Rahmen des Etats des Innern zu behandeln. Was natürlich so wie so gewesen wäre. Jetzt beginnt die Staatsdebatte mit einem Massenbesuch. Donnerwetter des Sozialdemokraten Katschka. Am Besten bedeutet er mit seinen Beschlüssen die Großgrundbesitzer, denen er eine Revolution, allerdings ohne Maschinenwaffe, androht. Nicht die Sozialpolitik drückt die Industrie, sondern die Verteuerung der Rohstoffe durch ungleiche Zollpolitik, die nur den Junkern zugute komme. Das Recht, in 44 Gebirgsverordnungen und unzähligen Polizeiverordnungen verteilt, ist nur für den Gutsherrn, die Arbeiter sind rechtlos und werden wie das Vieh behandelt. Die Rede findet aber wenig Echo.

Dann fällt sich der Saal, denn Herr De la Rüe spricht. Er spricht lang, trocken, gründlich, zahlreicher, ohne Schöndrecker und im ganzen ist seine Rede ein bitterer Kritik unter unsere Sozialpolitik. Vorläufig gelöst. Er sieht in der Krankenversicherung die Kränkung des Gebühres, will natürlich von der Arbeitslosen-Versicherung nichts wissen und sieht neue Aufgaben auf anderem Gebiete. Die Vorwürfe, die Krankenversicherung sei vom grünen Tisch aus entstanden, weist er zurück. Der Reichstag, als früherer Minister des Innern, und er selbst seien im Lande umhergereist und hätten Material gesammelt. Das Reichsamt des Innern sei überhaupt in ihrer Tätigkeit, so dass ihm jetzt eine Pause in der Gesetzgebung nötig sei. Jetzt müsse Detailarbeit der Beamten und Behörden einziehen. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, dem sich der Staatsrechtler jetzt zuwendet, sieht er eigentlich alles im richtigen Licht. Seit dem Zolltarif von 1879. Export und Import sind in einem günstigen Verhältnis geblieben, Nordamerika und Frankreich wurden gelassen, England fast eingeholt, der innere Markt ist vorzüglich und die Arbeiter, diejenige Klasse, wie der Staatsrechtler sagt, bemerkt, die man nicht zu den Kapitalisten rechnen hat ihr gutes Teil an all den guten Dingen. Ihr Einkommen ist wesentlich gestiegen und Herr De la Rüe weiß das mit vielen Zahlen nach. Damit kommt er natürlich auf die Fragen der Lebenshaltung und so auch unterm Zolltarif, der er ein glänzendes Zeugnis ausstellt, denn die Verteuerung nichts, und habe der deutschen Landwirtschaft zu ihrer Blüte verholfen. Programmatisch sagt De la Rüe, die Regierung habe kein Interesse daran, an den Grundlagen unserer bewährten Zoll- und Wirtschaftspolitik zu rütteln (Zugel bei den Konventionen) und außerdem nicht die Absicht, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif vorzulegen; die propheetischen Zollkämpfe kommen also nicht. Kleine Verbesserungen sollen ja vorgenommen werden, die Wirtschaftspolitik entfahre aber ganz anderer Sozialpolitik. Auch, wenn diese fast ruhig? Nach De la Rüe spricht der Zentrumsmann Christmann von den Bedürfnissen und Wünschen des Mittelstandes, der längst um Welschke gestritten habe, aber das tatsächliche Wohlstande behält. Hier dieser Wünsche wurde schon erfüllt. Ministerialdirektor Caspar teilte eine Regierungsverordnung mit, nach der der heimliche Warenhandel der Beamten verboten wurde. Wegen der Handelsausstellung in Dresden 1915 muß er sich erst näher orientieren. Der Bauernbund hat seine Forderungen für die Propaganda reben könne. Die Mittel müßten anders angebracht werden. Der Unterstaatssekretär hat um Bemittlung des Hofes, da die Kosten der Reichsregierung zu hoch seien. Ein Sozialdemokrat war für die Bemittlung. Ein Zentrumsmittglied sieht die Entnahme der 100.000 Mark aus dem Kassenfonds für durchaus berechtigt, ein Konventionär dagegen für nicht zuehmend. Ein Volksparteier meinte, daß man sich in diesem Jahre vielleicht nach über die Bedenken hinwegsetzen könne, aber in der Novelle müßten die Verantwortlichkeiten. Ein stimmig angenommen wird ein Zentrumsmittglied, dessen Reichstagsantrag um Unterstützung der von Deutschen Handwerker- und Gewerbetreibenden errichteten zentralen Beratungsstelle für die Verbindungswörter der einzelnen Handwerkskammern erfüllt, welche die Vergütung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen an das Handwerk fördern. Es folgte die Beratung des Etats des Reichsfinanzamtes. Zunächst debattierte man über Neuorganisation des Reichsfinanzamtes. Die Beschlüsse der Reichsversammlung, die schließlich gegen die Sozialdemokraten befallig wurden.

Keine Retentionseinstellung der Schlaf-Bohrer? Die „Straßburger Neue Zeitung“ verleiht: Zweifelhafte-Fremdliche aus verschiedenen Orten des Reichs haben sich in den letzten Tagen bei örtlichen Regiments in eifrigsten Garnisonen um Unterstützung gefeilt. Die Tagelöhner sind angenommen worden. Einige Tage nach der Annahme haben sämtliche Tagelöhner eine Ausnahme die Mitteilung gesucht bekommen, von der Einstellung müßte abgesehen werden.

Reichstag und Preussentag. Wie es heißt, soll der Abg. Erzberger sich in den nächsten Tagen im Rahmen der Staatsdebatte im Rahmen des Zentrum mit den Verhandlungen des Preussentages am 18. Januar beschäftigen und für seine Partei eine scharfe Erklärung gegen die Bestrebungen des Preussentages abgeben. Von nationalliberaler Seite werde, so heißt es, ebenfalls eine Kundgebung veranstaltet werden. — Herr v. Kraatz hat in einem Schreiben an den preussischen Kriegsminister seinen die Bayern verlegenden Worten eine andere Deutung gegeben. Er habe das nicht sagen wollen und nicht sagen können, was man aus seiner Rede herausgehört. Das ist ganz schön, aber den Schaden hat Herr v. Kraatz nun einmal schon angerichtet.

Die neuen Zuberninterparationen werden im Reichstag am Freitag und Sonnabend dieser Woche besprochen werden. Die fortschrittliche Volkspartei wird versuchen, den neuen Antrag auf Beschränkung der Militärverwaltung ebenfalls am Freitag auf die Tagesordnung zu setzen. Wie verlautet, sollen das Zentrum und die Nationalliberalen ein solches Vorgehen unterstützen. Gegen die Beratung des Antrags am Freitag wird auf der Rechten Widerspruch erhoben werden.

Neue Vorschriften über den Warenhandel der Beamten. Gegen den Warenhandel der Staatsbeamten hat Handelsminister Sdow folgende Verfügung erlassen: „Fortgeht wird darüber gefordert, daß Staatsbeamte an einem heimlichen Warenhandel beteiligen und ihre Dienstzeit und berufliche Einrichtungen zum Zwecke eines gemeinschaftlichen Warenbezugs benutzen. Ich bestimme deshalb für die meiner Verwaltung angehörenden Beamten folgende Bestimmungen. Beamten ebensolange wie anderen Beamten, gemeinschaftlich Waren für ihren Bedarf einzukaufen. Der Preis, gute Waren zu billigerem Preise als im Wege der regelmäßigen Handels-

die Schaffung eines vernünftigen Fideikommissgesetzes, bei dem ein Parlament mitwirken muß, das auf dem Volkswillen beruht! Mit diesem fräftigen Wort schließt die Sitzung. Am Mittwoch geht der Etat weiter.

Deutsches Reich.

L. C. Abg. v. Diebert hatte bis zum Dienstag Abend sein Einkommis für unglücklich erklärtes Mandat noch nicht niedergelegt, ja, an der Sitzung noch teilgenommen. Dieses Verhalten ist eigenartig, da es sich bei der Ungültigkeitserklärung nicht etwa um irgend welche fristigen Rechtsfragen handelt, sondern um eine rein ziffermäßige Abziehung von Stimmen solcher Leute, die natürlich zu Unrecht gemäß haben. Meistens kamen Leute in Betracht, die ökonomischer Nationalität sind oder erst nach Abschluß der Wählerliste unredigierweise eingetragen worden waren. An der Ungültigkeit kann kein Zweifel sein, und nach der alten Praxis des Reichstages hätte der Abgeordnete nach der Verteilung des Restes, die gestern erfolgt ist, sein Mandat niedergelegt.

Volkswirtschaftler und Reichsbeamter. In der reichsständischen Zweiten Kammer hatte der liberale Abg. Burger, an der Jabern-Affäre Kritik geübt. Der „Kölnischen Zeitung“ wird nun aus Straßburg gemeldet:

Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Burger wurde auf Grund seiner Auslassungen über die Jaberner Vorformnisse im Landtag von Bezirkskommando Straßburg zu einem eingehenden Bericht aufgefordert. Diese Maßnahme beantragte der Abgeordnete mit Einreichung seines Mitgliedsbuches als Referent-Oberleitnant der Feldartillerie.

Die Forderung des Straßburger Bezirkskommandos widerspricht dem Wortlaut des § 20 der elsäß-lothringischen Verfassung, der da lautet:

Kein Mitglied des Landtags darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstammung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanerben Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst in irgendeiner Weise in Anspruch genommen werden.

Nach Berlinem Müller. Die Konventionen haben an dem „Preußenbund“ noch nicht genug. Aus Dresden wird berichtet, daß sich konfessionelle Kreise mit dem Gedanken trugen, einen Sachverhalt zu gründen. — Die Saat des Nationalismus, die der Preußenbund ausgesäet hat, scheint aber aufgehen zu wollen. Hat doch der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Herr Dr. Kästler, sich bei der Begründung des Preußenbundes dahin ausgesprochen, daß er jede ähnliche Organisation in jedem einzelnen Bundesstaat ebenso herzlich begrüßen würde. Er fragt: muß man sich fragen, ob man denn noch nicht an Preußenbund genug hat? Und ob die schönen „Erfolge“, die er in der sehr kurzen Zeit seines „Wirrens“ bereits erzielt hat, dazu angetan sind, nach seinem Muster zu verfahren? Eine Vereinigung „echter Sachsen“ könnte zu weiteren ähnlichen Wunden Veranlassung geben, so daß es bald keinen Staat und keinen Stamm im Reiche gibt, der nicht seine Sonderbund, „echter Vaterlandsfreunde“ hat.

Die Budgetkommission beendete am Dienstag die Kassenabrechnung. Ein Zentrumsmittglied beantragte die Erhöhung des Beitrages zu den Kosten der Unterhaltung von Eisenbahnen um 30 Millionen Mark. Unter anderem wurde die Erhöhung der Position auf 150.000 Mark einstimmig angenommen. Gegenüber der Neueinigung von 100.000 Mark zur Prüfung der Endauslage bemerkte ein Nationalliberaler, daß man hierbei doch nicht aufwendungen für die Propaganda reben könne. Die Mittel müßten anders angebracht werden. Der Unterstaatssekretär hat um Bemittlung des Hofes, da die Kosten der Reichsregierung zu hoch seien. Ein Sozialdemokrat war für die Bemittlung. Ein Zentrumsmittglied sieht die Entnahme der 100.000 Mark aus dem Kassenfonds für durchaus berechtigt, ein Konventionär dagegen für nicht zuehmend. Ein Volksparteier meinte, daß man sich in diesem Jahre vielleicht nach über die Bedenken hinwegsetzen könne, aber in der Novelle müßten die Verantwortlichkeiten. Ein stimmig angenommen wird ein Zentrumsmittglied, dessen Reichstagsantrag um Unterstützung der von Deutschen Handwerker- und Gewerbetreibenden errichteten zentralen Beratungsstelle für die Verbindungswörter der einzelnen Handwerkskammern erfüllt, welche die Vergütung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen an das Handwerk fördern. Es folgte die Beratung des Etats des Reichsfinanzamtes. Zunächst debattierte man über Neuorganisation des Reichsfinanzamtes. Die Beschlüsse der Reichsversammlung, die schließlich gegen die Sozialdemokraten befallig wurden.

Keine Retentionseinstellung der Schlaf-Bohrer? Die „Straßburger Neue Zeitung“ verleiht: Zweifelhafte-Fremdliche aus verschiedenen Orten des Reichs haben sich in den letzten Tagen bei örtlichen Regiments in eifrigsten Garnisonen um Unterstützung gefeilt. Die Tagelöhner sind angenommen worden. Einige Tage nach der Annahme haben sämtliche Tagelöhner eine Ausnahme die Mitteilung gesucht bekommen, von der Einstellung müßte abgesehen werden.

Reichstag und Preussentag. Wie es heißt, soll der Abg. Erzberger sich in den nächsten Tagen im Rahmen der Staatsdebatte im Rahmen des Zentrum mit den Verhandlungen des Preussentages am 18. Januar beschäftigen und für seine Partei eine scharfe Erklärung gegen die Bestrebungen des Preussentages abgeben. Von nationalliberaler Seite werde, so heißt es, ebenfalls eine Kundgebung veranstaltet werden. — Herr v. Kraatz hat in einem Schreiben an den preussischen Kriegsminister seinen die Bayern verlegenden Worten eine andere Deutung gegeben. Er habe das nicht sagen wollen und nicht sagen können, was man aus seiner Rede herausgehört. Das ist ganz schön, aber den Schaden hat Herr v. Kraatz nun einmal schon angerichtet.

Die neuen Zuberninterparationen werden im Reichstag am Freitag und Sonnabend dieser Woche besprochen werden. Die fortschrittliche Volkspartei wird versuchen, den neuen Antrag auf Beschränkung der Militärverwaltung ebenfalls am Freitag auf die Tagesordnung zu setzen. Wie verlautet, sollen das Zentrum und die Nationalliberalen ein solches Vorgehen unterstützen. Gegen die Beratung des Antrags am Freitag wird auf der Rechten Widerspruch erhoben werden.

Neue Vorschriften über den Warenhandel der Beamten. Gegen den Warenhandel der Staatsbeamten hat Handelsminister Sdow folgende Verfügung erlassen: „Fortgeht wird darüber gefordert, daß Staatsbeamte an einem heimlichen Warenhandel beteiligen und ihre Dienstzeit und berufliche Einrichtungen zum Zwecke eines gemeinschaftlichen Warenbezugs benutzen. Ich bestimme deshalb für die meiner Verwaltung angehörenden Beamten folgende Bestimmungen. Beamten ebensolange wie anderen Beamten, gemeinschaftlich Waren für ihren Bedarf einzukaufen. Der Preis, gute Waren zu billigerem Preise als im Wege der regelmäßigen Handels-

verehrs zu erhalten, wird allerdings dabei oft nicht erreicht, besonders wenn die Beileiter nicht varentändig genug sind, oder wenn unnötig große Mengen beschafft werden. Dagegen sind die Klagen des Kaufmanns über gemeinshafliche Warenbezüge von Beamten berechtigt, wenn die Beileiter dabei zu Handelsgeheimnissen übergehen; das ist der Fall, wenn sie Einkauf und Verteilung nicht mehr unentgeltlich, sondern nach Zuführung oder in der durch die Erfahrung gerechtfertigten Erwartung eines persönlichen Vorteils belangen. Es muß von den Beamten erwartet werden, daß sie sich derartigen Geschäfte enthalten; sie würden zu ihrem Betriebe überdies der Genehmigung der varentändigen Dienstbehörde bedürfen, sobald die Tätigkeit den Entgelt erkennen läßt, die Geschäfte zum Zwecke der Gewinnerzielung zu wiederholen. Die nach der gewöhnlichen Gewerbeordnung erforderliche Erlaubnis zum Gewerbebetriebe darf in bezüglichen Fällen nicht erteilt werden. II. Wenn Beamte es unternehmen, gemeinsamen Waren für ihren häuslichen Bedarf zu beziehen, so dürfen sie hierzu weder Dienststunden noch Diensträume noch andere dienstliche Einrichtungen benutzen. Dies Verbot bezieht sich nicht nur auf die einseitige Lagerung und Verteilung der Waren und auf die Benutzung von Vorkantinen oder Altkantinen, sondern es dürfen auch ohne die ausdrückliche und in jedem Einzelfall erforderliche Ermächtigung der Behörde in den Diensträumen Waren zu gemeinschaftlichen Beschaffung von Waren oder angelegt noch in Umlauf gehalten werden. Die Ermächtigung darf nur erteilt werden, wenn ein dienstliches Interesse vorliegt. Das sogenannte „Behördengeheimnis“ ist mittels nicht zu dulden.“

Die Prinzen Leopold und Konrad von Bayern in Ostafrika. Von den beiden Prinzen Leopold und Konrad von Bayern sind Nachrichten vom 8. Dezember aus Umbala u. entworfen, wo ihnen ein feierlicher Empfang durch die Behörden bereitet wurde. Die Asakiripolizei machte einen Paradezug, und der Sultan von Umbala ging ihnen mit seinen Leuten entgegen. Prinz Leopold erlegte zwei Nashörner und zwei Elefanten, Prinz Konrad ein Nilpferd und eine Rechenhänge. Die Einschiffung zur Rückreise wird Mitte Februar erfolgen. Zur Affirmatierung ist noch ein einmonatiger Aufenthalt in Italien vorgehoben.

Ausland.

Die Deutschen in Juarez. Nach einer Mitteilung der „Tribuna“ hat der deutsche Konsul M. Scher in Juarez die Deutschen aufgefordert, ihre Abreise vorzubereiten.

Ruhe in Sidrasita. Johannesburg, 21. Januar. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die Lage im Eisenbahnbetrieb fast überall im Lande normal.

Victoria, 21. Januar. Durch eine Proklamation ist die unergiebige Demobilisierung einzelner Truppenteile in Victoria, Australien und Durban angeordnet worden. Gleichzeitig ist verfügt worden, daß am 23. d. M. in Natal und im Lande einzelne Truppenteile demobilisiert werden sollen.

Ein türkischer Handreich gegen Ägypten und Chios? Paris, 21. Januar. Der Konstantinopeler Korrespondent des „Zeit Pariser“ will erfahren haben, daß bei Smyrna große militärische Vorbereitungen getroffen werden, die vermuten lassen, daß die Türken an einen Handreich gegen Ägypten und Chios denke. In griechischen Kreisen sei das Gerücht verbreitet, daß die türkische Flotte sich zum Auslaufen bereit halte. In Wirklichkeit soll jedoch nur der Panzerkreuzer „Messubije“ unter Dampf liegen. Die griechischen Torpedoboote überwachen die türkischen Gewässer.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer. Halle, 21. Januar.

Große Beistimmung eines Arbeitswilligen. Ende August v. J. legten Arbeiter, die bei Trothaer Kanalarbeiten beschäftigt waren, wegen Lohnrückzahlung die Arbeit nieder. Die Streikenden sollten Streikfälligkeit worden sein sollen. Am Vormittag des 30. August begegnete ein Arbeitswilliger aus Böhlen auf dem Wege zur Arbeit vier Männern, von denen einer, der am Streik beteiligte Arbeiter Karl Petersen aus Friedrichswerder, ihm zurief: „Wo willst du hin?“ Nach der eibischen Aussage des Arbeitswilligen soll Petersen dann hingewiesen haben: „Schämst du dich nicht, den Streikbrecher zu machen? Heute Abend kommst du nicht ganz nach Hause, dein Rad geht in Stücke!“ Diesen Wortlaut hat der Arbeitswillige kurz nach dem Vorfalle einem Polizeibeamten, der zu seiner Sicherheit einige hundert Meter hinter ihm fuhr, mitgeteilt. Petersen dagegen behauptet, er habe nichts weiter gesehen als die Frage: „Wo willst du hin?“ Darauf sei der Arbeitswillige einige Antwort weitergegangen; aus Weger darüber habe Petersen zu seinen Begleitern gesagt: „Der ist aber frech, der antwortet nicht einmal!“ Diese von Petersen gegebene Schilderung des Vorfalles wurde von seinen drei Begleitern, darunter zwei Verwandten, als richtig bestätigt, was den Vorhergehenden eibisch. Doch dürfte sich leichter so notwendig aus, daß er die Möglichkeit offen ließ, er könne einiges überhört haben. Der Arbeitswillige leidet an Stenopsymachie. Seinen Angaben nach hatte er schon am frühen Morgen viele Streikende auf der Trothaer Chaussee gesehen und beistimmende Zurufe von ihnen gehört, so daß er sich gar nicht zur Arbeit traute, sondern wieder umkehrte und erst gegen 9 Uhr vormittags die Arbeitsstätte aufsuchte.

Das Schöffengericht hielt bei dem Widerstreit der Aussagen den Fall nicht für genügend geklärt und sprach deshalb Petersen von der Anklage der Beleidigung in Verbindung mit verurteiliger Mäßigung frei. Gegen dieses Urteil legte der Anwalt Berufung ein. Die Strafkammer lag die Aussage des Arbeitswilligen als d. u. r. a. u. g. o. u. w. i. r. d. i. g. an, zumal da es in diesem Wortlaut unmittelbar nach dem fraglichen Vorfalle dem ihm folgenden Polizeibeamten mitgeteilt hatte. Die Begleiter Petersens könnten verlässliches überhört haben. Der Staatsanwalt beantragte 75 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf eine Woche Geldstrafe, weil Arbeitswillige eines energischen gesellschaftlichen Geistes bedürfen.

Verurteilung wegen der Beamenantortät.

Im September v. J. wollte in Interzöllingen a. S. ein Gerichtsvollzieher aus der Wohnung des Grundbesitzers Franz J. zwei bereits im August gepfändete Gegenstände, einen Schrank und einen Koffer, zur Versteigerung abholen. Jedoch der schon oft wegen Gewalttätigkeiten vorbestraft ist, rief ihn zornig zu: „Hier kommt nichts raus, hier wird nichts verkauft!“ Nach vergeblichen Bemühungen des Beamten, den Wütenden zu beruhigen, ergriff J. sogar einen Hammer und schlug damit heftig auf den Schrank und den Koffer los. Beide Wutausbrüche wurden so erheblich beschädigt, daß sie nicht mehr verkauflich waren.

Vom Schöffengericht in Eisenach wurde J. wegen dieses ungewöhnlichen Gemwalltates zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Durch Berufung an die hiesige Strafkammer verurteilte J. eine mildere Strafe zu erlangen, um die er sogar unter Tränen bat. Das Berufungsgericht lehnte aber eine Strafmäßigung ab, nicht bloß mit Rücksicht auf sechs Vorstrafen, sondern auch in der ersten Erwägung, daß der gleiche Missetäter gegen Beamte in der hiesigen Gegend leider recht häufig vorkomme und die Achtung vor der Autorität des Staates sehr gering sei. Das Gericht merkte daher Mißhandlungen und die mit ihnen beauftragten Beamten fests energisch in Schutz nehmen.

Mißhandlung eines Kameraden.

Auf dem Messingwerke bei Großröhrer begann am 8. Juli v. J. der 25jährige Messingarbeiter Paul Kurth aus Helftra mit einem älteren Kameraden eine Feilschei, wegen deren beide vom hiesigen Kommando in Geldstrafen von je 1 Mark genommen wurden. Auf die Vorstellungen des älteren Arbeiters jedoch der Oberingenieur dessen Strafe auf und legte sie noch der Kurths als des Urhebers des Streites zu, so daß dieser also nunmehr 2 Mark zahlen sollte. Darüber geriet Kurth in heftige Erregung und ließ gegen den älteren Kameraden Drohworte aus, auf die jener aber nicht weiter achtete, weil er sie nicht für ernstlich gemeint hielt. Beim Verlassen des Messingwerkes wurde er indes von Kurth, der hinter einem Baum lauerte, angefallen und niedergeworfen. Kurth schlug ihn unter der Deckung, er wolle ihm den Leib aufreißen, heftig ins Gesicht, biß ihm in den Arm und bohrte ihm mit drei Fingern in einem Auge herum. Der Mißhandelte schrie wiederholt vor Schmerzen laut auf. Er mußte sich mehrere Tage lang ärztlich behandeln lassen; an dem verletzten Auge hat er noch jetzt injizieren zu lassen, als er damit, namentlich beim Liegen, doppelt leidet. Das Schöffengericht in Heilfeld hat gegen Kurth in Anbetracht der Rohheit der Mißhandlung trotz seiner bisherigen Inoffektivität eine empfindliche Strafe in Höhe von drei Monaten Gefängnis für angezeigt. Er fand diese Strafe zu hoch und ging daher des Berufungsgericht um Herabsetzung des Strafmaßes an. Er begründete seine Bitte mit dem Hinweis, er habe in großer Erregung über die ihm ungerecht ersahene Beleidigung gehandelt, den Kameraden nicht mit Absicht so schwer verletzt, sich inzwischen auch wieder mit ihm geeinigt.

Provincial-Nachrichten.

Der Direktor der Bogtländischen Maschinenfabrik.

Hauen, 21. Januar.
In der vergangenen Nacht ist der erste Direktor der Bogtländischen Maschinenfabrik Mt.-Gel., Robert Jahn, der sich als Maschineningenieur besonders auf dem Gebiet der Stahlmotoren einen Namen gemacht hat, gestorben. Seine neueste Erfindung ist der Zahnlose Stahlmotor.

Mordversuch an der Chefin. Aus Leipzig, 21. Jan., wird gemeldet: Gestern nachmittags 2 Uhr versuchte der Mißgahle Heinrich Schöne, seine von ihm getrennt lebende Frau in deren Wohnung Ranfische Gasse 10 in Gegenwart seiner Kinder zu erlösen. Er erreichte jedoch keine Absicht nicht, sondern brachte der Frau nur ernsthafte Verletzungen bei. Nach der Tat stellte sich Schöne selbst der Polizei.

W. Nieschen, 20. Jan. (Eindbruch) Brauereierei Nacht, zwischen 2 und 3 Uhr, brachen Diebe bei dem Brauereimeister W. Nieschen ein und stahlen mit dem Steuermann die Lebereiche, wofür etwa 15 Mark Geld gefunden wurde. Der heute morgen zur Ermittlung herbeigekommene holländische Polizeibeamte verlor leider die Spur. — Meistleuten der Holländischen Post wurde vorige Woche Wägen von der Reine gestohlen.

Schlitten, 21. Jan. (Unfall auf dem Kalwerl)
Gestern verunglückten auf dem Kalwerl Schlitten die Bergarbeiter König (Schreiber) und Hempel (Geldstr.) beim Besuchen der Försterhäuser durch das Losgehen einer Ladung. Beide trugen so schwere Brandwunden davon, daß sie zum „Bergmannstod“ gebracht werden mußten.

A. Jehn, 20. Januar. (Schredlicher Tod einer Greisfin)
Die 75jährige Witwe Friederike Lam kam beim Feueranzünden zu nahe an den Ofen, so daß ihre Kleider brennen gingen. Ihre Hülfsrufe wurden zu spät gehört. Dausbewohner fanden die Bedauernswerte mit schrecklichen Brandwunden am ganzen Körper auf, an deren Folgen sie nach einigen Minuten verschied.

Verletzung, 20. Jan. (Landwirtschaftlicher Kaminruß)
Der kurzlebens schon seit längerer Zeit Gerichte

über vorgenommene Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung des landwirtschaftlichen Kaminrußes für Merseburg und Umgebung. Dieselben haben jetzt das Richtige ergeben. Eins am Donnerstag, den 29. Januar, einberufen außerordentliche Generalsammlung wird sich mit der heftigen Angelegenheit befassen. Ein Fortleben des Vereins ist durch die Kommission sehr in Frage gestellt. Weiteres ist vorläufig noch nicht mitzuteilen, da zuerst eine eingehende Revision der Bücher vorgenommen wird. Der bisherige Geschäftsführer des Vereins wurde zur Disposition gestellt und ein Anstich an die Zentralratsstelle in Halle in Vorschlag gebracht.

z. Erneuten, 20. Jan. (Reisentrassenkaffe)
des Mansfelder Gebirgszweiges. Zur leichten Durchführung der Krankenerleichterung sind im Mansfelder Gebirgszweig gemeinsam für die Landtrassenkaffe und die allgemeine Ortskrankenkasse insgesamt 57 Meldebellen übertritten, denen zugleich die Geldfälle der Zahlstellen mit übertragen worden sind. Die Melde- und Zahlstellenverwalter haben die An- und Abmeldungen entgegenzunehmen, die Krankentafelnbeiträge einzusehen, die Krankenscheine zu erstellen und die Geldleistungen der Kasse an die Mitglieder auszugeben. Beide Kassen haben ihre gemeinsame Hauptgeschäftsstelle, Geschäfts-, Rechnungs- und Kassenzücher im Rentamt Krause in Mansfeld. Zu Kassenzüchern sind 18 Ärzte des Kreises gewählt. Die beiden Kassen haben als Geschäftsstelle die vorgenannte Familienkasse eingewählt. Der Ehrenamt, der eine Versicherungsfreie Gehaltszahl hat, zahlt ein Drittel seines festgesetzten Beitrags mehr. Dafür erhält die Gehaltszahl ärztliche Behandlung, Arzneimittel und Krankengeld bis auf die Dauer von acht Wochen, ferner Schwangerschaftsgeld (vier Wochen) und Wochengeld (acht Wochen). Auch sind Gebarmathilfe und nötige Geburtshilfe frei. Im Falle des Todes der Frau erhält der Gemann ein Sterbegeld in halber Höhe des für ihn festgesetzten Sterbegeldes.

A. Bitterfeld, 20. Jan. (Die Augen ausgebrannt)
Durch namenloses Selbstmord hat sich ein Chauffeur der Automobilverbindung Bitterfeld-Dübau unglücklich gemacht. Als er damit beschäftigt war, eine unbedeutende Stelle des Benzinbehälters zu säubern, ohne diesen jedoch zunächst zu entfernen, entzündete sich eine kleine Gasleuchte. Die Stichflamme veränderte den Lichtstrahl so rasch ins Gesicht, daß der Verlust der Sehkraft auf beiden Augen endlich zu führen ist.

Wallaubien, 20. Jan. (Die Zuckerfabrik Oberzöllingen a. S. G. m. b. H.)
schleht gegenwärtig hier und in der Umgegend kontraktlich Zuckerrüben zum Anbau und Lieferung für die nächste Kampagne mit den Landwirten ab. Mit Rücksicht auf den geringen Rohzuckerpreis zahlt die Firma pro 50 Kilo Zuckerrüben frei Bahnhof Wallaubien gegenüber den Vorarbeiten aus einen geringeren Preis, und zwar 95 Pf. bei 45 Prozent Samenrückgabe, od. auch entsprechende Trodenanfänge; bei Lieferung bis 10. Oktober jedoch 1 Mk., und vom 15. November ab abermals 1 Mk. Die Zeichnungen waren mit Rücksicht auf den geringeren Preis auch geringer. Die Zuckerfabrik Witten zahlt die gleichen Preise.

Vermischtes.

Schurkische Tat eines Priesters.

Rom, 21. Januar.
Der 35jährige Priester Fontana aus Palermo wird von den italienischen Behörden wegen Betruges hiedrüber verfolgt. Sein Opfer, eine große deutsche Lehrerin, hat dem Betrüger auf seine falschen Vorpiegelungen hin alle ihre Ersparnisse in Höhe von etwa 50 000 Mark übergeben. Fontana verdrachte das Geld in leichtfertiger Gesellschaft und schickte sie schließlich. Die alte Lehrerin hat sich nun aus Gram über den Verlust ihres ganzen Vermögens in S Meer gestürzt und ist ertrunken.

Mißgeschick mit einem Heerwagen. Aus Berlin, 20. Jan., wird uns berichtet: Auf dem Angelse Johannastraße hatte gestern der Major Ballod mit seiner Jeanne-Staktaube mehrere Auftritte gemacht. Bei Einbruch der Dunkelheit landete er, brostete den Motor jedoch so sehr ab, daß er stehen blieb. Am nicht den schweren Eindecker über das Feld schieben zu müssen, ließ Ballod aus und turdete den Motor wieder an. Als jedoch der Gaspedal auf halb Gas stand, setzte sich der Flugapparat mit großer Schwelgerei in Bewegung. Der Major hatte gerade noch Zeit, sich heilflos zu werfen, um nicht von der Schraube getroffen zu werden, als das Flugzeug mit großer Geschwindigkeit davonstürzte. Nach 10 Minuten geriet der Eindecker in eine Vertiefung. Ballod verlor sich jetzt auf den Fächerflügel und konnte kein Flugzeug weitersehen in den Schwuppen bräuen.

Winterstrenge in Spanien. Aus Madrid wird gemeldet: Infolge der anhaltenden Winterstrenge macht die Stadt den Eindruck einer delagierten Festung. Allenthalben sieht man verlassene Fußwege stehen, deren Bevölkerung infolge Falles oder Knochenbruchs hat getötet werden müssen. Die Lebensmittel werden immer spärlicher. Die Preise steigen enorm. Tausende von Leiden verküppelter Sperlinge liegen umher. Alle Theater sind geschlossen.

Der gefällige Plakomanandant hat an den Truppenkommandanten die militärischen Behörden und an die Chefs der militärischen Institute eine vertrauliche Verordnung versandt, in der nach Feststellung des Umfanges, daß einzelne junge Damen der in gefälligen Räder zum Ausbruch kommenden Modetierheit huldigen, in einen scharfen Gegensatz zu den über die Grenzen der Mode bisher gehegten Auffassungen des Offizierskorps geraten sind, die Offiziere aufgefordert werden, ihre Familienmitglieder und die eingeladenen Damen darauf aufmerksam zu machen, daß diese sich der Mode-Exzesse enthalten mögen. Bei dem Erlaß, den

der Plakomanandant in seiner Eigenschaft als Präsident des Budapest Offizierskorps herausgegeben hat, soll der Budapest Korpskommandant Entlass genommen haben. Es ist derselbe Korpskommandant, der vor einiger Zeit den Offizierskorps verlor, auf der Straße sich in ihre Damen erzwangen.

Wetter- u. Sportberichte.

St. Andreasberg im Oberharz, 20. Januar, 11 Uhr v. m.
Schneehöhe: 65 Zm., feine Neuschnee. Temperatur: nachts -12 Grad C., tags -7 Grad C. Barometerstand: 706 Millibar (normal 708). Wind: trübiger NWwind. Stäubigkeit: gut, teilweise verhalten. Schlitten- und Bobfahren: vorzüglich. Vereinfachte Wintertag, Sonnenschein, Frost. Vom 21. bis 23. Januar: Stürmung der Ortsgruppe des Oberharzer Stills. Programm durch die Dien.

Halle'scher Witterungsbericht.

	11. Januar 11h abends	11. Januar 11h morgens
Barometer Mittelmeter	764,5	764,4
Barometer Seftmas	74,0	74,0
Rel. Feuchtigkeit	96 "	74 "
Wind	SW	SW

Maximum der Temperatur am 10. Januar: -4,3 °C.
Minimum in der Nacht vom 21. Januar zum 22. Januar: -7,6 °C.
Niederschlag am 21. Januar: 1 mm morgens: 0,1 mm.

Wetterkarte Magdeburg

der „Magdeburg. Zeitung“.
Mittwoch, 21. Januar, 8 Uhr morgens.
Som hohen Norden ist ein Tief südostwärts nach Jütland vorgezogen und hat den hohen Druck westwärts verschoben, so daß kein Kern heute über der Nordsee liegt. Im Dienstbezirk dauert das trübige Frostwetter noch fort, hellere Wolken ziehen leichte Schneefälle aufgetreten. Da das nordöstliche Tief den Hochdruck weiter südwestwärts verschoben dürfte, so haben wir bei Winden nordwestlichen Ursprungs trübes, gelinderes Wetter und frische, wenn geringe Niederschläge zu erwarten.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dax; für den örtlichen Teil für Provinzialnachrichten: Gerlach Sandel; für den Lokalteil: Albert Sarris; Druck und Verlag von Otto Dödel. Samstich in Halle, — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

Tages-Programm.

- 21. Januar. Stadttheater: Abds. 7½ Uhr „Das Buch einer Frau“.
- 21. Januar. Stadttheater: Abds. 7½ Uhr „Das Buch einer Frau“.
- 21. Januar. Stadttheater: Abds. 7½ Uhr „Das Buch einer Frau“.
- 21. Januar. Stadttheater: Abds. 7½ Uhr „Das Buch einer Frau“.
- 21. Januar. Stadttheater: Abds. 7½ Uhr „Das Buch einer Frau“.
- 21. Januar. Stadttheater: Abds. 7½ Uhr „Das Buch einer Frau“.
- 21. Januar. Stadttheater: Abds. 7½ Uhr „Das Buch einer Frau“.
- 21. Januar. Stadttheater: Abds. 7½ Uhr „Das Buch einer Frau“.
- 21. Januar. Stadttheater: Abds. 7½ Uhr „Das Buch einer Frau“.
- 21. Januar. Stadttheater: Abds. 7½ Uhr „Das Buch einer Frau“.

Die Zeit der Katarthe
bringt Heiligkeit, Gesundheit, gegen welche von ersten Autoritäten (s. Prof. v. Noorden, Berl. Klin. Wochenschr. 1902 Nr. 17)
Dr. Ritsers Anästhesin-Bonbons
auf wärmste empfohlen sind.
Erhältl. in den Apotheken. Dose 1 M.
Enth. Anästhesin Ritsers 0,02.

zu Geschäftshaus

enorm billigen Resbestände J. Leberin Preisen

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.



